



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Lebensrecht e.V.

Aktuell seit 25.06.2026 13:09:59

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007171
Ersteintrag:	17.12.2024
Letzte Änderung:	25.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Landgrafenstr. 5 10787 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493064494039 E-Mail-Adressen: berlin@bv-lebensrecht.de linder@bv-lebensrecht.de info@bv-lebensrecht.de Webseiten: www.bundesverband-lebensrecht.de www.marsch-fuer-das-leben.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Alexandra Maria Linder M.A.**
Funktion: Vorsitzende
2. **Prof. Dr. Paul Cullen**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender
3. **Elisa Ahrens**
Funktion: Vorstandsmitglied
4. **Dr. Georg Dietlein**
Funktion: Vorstandsmitglied
5. **Susanne Wenzel**
Funktion: Vorstandsmitglied
6. **Albrecht Weißbach**
Funktion: Vorstandsmitglied
7. **Andreas Düren**
Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Alexandra Maria Linder M.A.**
2. **Prof. Dr. Paul Cullen**
3. **Elisa Ahrens**
4. **Dr. Georg Dietlein**
5. **Susanne Wenzel**
6. **Albrecht Weißbach**
7. **Andreas Düren**

Gesamtzahl der Mitglieder:

15 Mitglieder am 11.11.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):

1. One of Us

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):

Menschenrechte; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Familienpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Seniorenpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Opferschutz; Strafrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Bereitstellung von fachlicher Expertise/Informationen zu allen bioethischen Bereichen (u.a. assistierter Suizid, Euthanasie, Abtreibung, Stammzellforschung, Leihmutterschaft, Embryonenschutzgesetz, IVF, PID, NIPT)

Vorschläge für und Förderung von Beratung und Unterstützung im Schwangerschaftskonflikt, Hospiz- und palliativer Versorgung, Unterstützung von Frauen/Familien, Aufklärung/Bildung zu bioethischen Themen etc.

Stellungnahmen und Gespräche/Vorträge zu aktuellen bioethischen Entwicklungen im In- und Ausland

Analyse von Maßnahmen zu reproduktiven Rechten/Gesundheit und Vorschläge zur Förderung der Emanzipation und Bildung von Frauen

Werbung/Vorschläge für den besseren Schutz von Menschen mit Krankheiten/Behinderungen /genetischen Besonderheiten vor und nach der Geburt, Inklusion

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Vorübergehender Erhalt von § 218 StGB ff., Prüfung im Hinblick auf Wirksamkeit

Beschreibung:

§ 218 ff. StGB soll zunächst bestehen bleiben. Das Gesetz soll gemäß eigener Vorgaben im Hinblick auf seine Wirksamkeit geprüft werden. Die Beratungsqualität der staatlich anerkannten Beratungsstellen soll überprüft werden. Es soll eine vollständige Abtreibungsstatistik erstellt werden (Meldepflicht). Weitere Studien im Hinblick auf die Motive von Frauen im Schwangerschaftskonflikt, zu einer Abtreibung zu gehen, sollen erstellt werden. Eine breite gesellschaftliche Debatte mit Erkenntnissen aus diesen Punkten sowie der wissenschaftlichen Grundlage der Embryologie soll geführt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13775 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Betroffenes geltendes Recht:

BeratungsG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

2. Enge Entscheidungsregelung bei der Organspende

Beschreibung:

Beibehaltung der Entscheidungsregelung bei Organ- und Gewebespende. Vollständige Aufklärung der Menschen, die einen Organspendeausweis haben oder wollen. Insbesondere über Veränderung der Therapie und des Therapieziels im Sterbeprozess/bei erwartetem Hirntod (von patientenzentrierter palliativer Versorgung im Sterbeprozess zu spenderzentrierter Intensivmedizin für den Organerhalt) und in Bezug auf die Vorgehensweise vor, bei und nach der Organentnahme. Genaue Aufklärung über Hirntod. Keine Ausweitung der Todeskriterien auf Herz-Kreislauf-Stillstand.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13804 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Einführung einer Widerspruchsregelung im Transplantationsgesetz

Betroffenes geltendes Recht:

TPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606240090 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

3. Besetzung von Richterstellen am Bundesverfassungsgericht

Beschreibung:

Im Bundesverfassungsgericht sollten ausschließlich Richterinnen und Richter tätig sein, die die Grundlagen unserer Verfassung (Menschenwürde, Grundrechte und Status vorgeburtlicher Kinder) uneingeschränkt vertreten und wahren. Daher plädieren wir dafür, anstelle einer vorgeschlagenen Kandidatin, die diese Voraussetzung aus unserer Sicht nicht erfüllt, eine/n andere/n Kandidaten/-in zu wählen.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606240086 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

240.001 bis 250.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **Stabilitas GmbH**

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Spende

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[BVL-Abrechnung2025.pdf](#)